HAMBURG **20.** Jahrgang
#58 Februar/März 2025

Senioren-Echo

ZEITUNG – NICHT NUR – FÜR SENIOR*INNEN DER IG METALL REGION HAMBURG



Darf es auch ein bisschen mehr sein? War diese Frage früher dem Schlachter an der Fleischtheke vorbehalten, erlangt sie nun völlig neue Bedeutung. Ein Überbietungswettbewerb bei zukünftigen Rüstungsausgaben hat eine schwindelerregende Dynamik entwickelt.

Donald Trump fordert 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, der Grüne Robert Habeck will 3,5 Prozent, Alice Weidel von der AfD sind selbst 5 Prozent zu wenig. Sie lässt verlauten: Mehr sei »sehr wahrscheinlich« nötig, wenn man es »ernst nehme mit der Ertüchtigung der Bundeswehr und der eigenen Landesverteidigung«. Der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter verlangt eine »Zeitenwende nicht nur bei der Bundeswehr, sondern auch bei der zivilen Verteidigung«.

Fünf Prozent entspräche noch einmal mehr als eine Verdoppelung der schon jetzt gesteigerten Aufrüstung. Allein die europäischen NATO-Staaten wenden heute schon jährlich mehr Geld für ihre Verteidigung auf, als der gesamte russische Staatsetat umfasst.

Ab 2026 sollen in Deutschland US-Mittelstreckenraketen vom Typ Tomahawk-Marschflugkörper und Dark-Eagle-Hyperschallraketen stationiert werden. Politiker:innen, Militärs, Sicherheitsexpert:innen und Journalist:innen fordern fast täglich, noch mehr für die Streitkräfte der NATO zu tun, um die Nato-Staaten gegen einen russischen Angriff zu wappnen.

→ Fortsetzung auf der nächsten Seite

3 DIE ERINNERUNG VERBLASST
die Schrecken und die grausamen Folgen des Krieges sind nicht mehr gegenwärtig...

3 BUCHVORSTELLUNG
»Das Wunder vom Kohlenschiffhafen« schildert den Widerstand der Belegschaft gegen den drohenden Untergang ihrer Werft.

4 EINE GUTE NACHRICHT FÜR RENTNER:INNEN
allerdings nicht bei uns, sondern in Österreich.

6 WAS SCHERT UNS DIE ARMUT
schließlich sind wir die glücklichsten Menschen – zumindest laut den Regierungsprogrammen der Parteien

6 MELDUNGEN
- Wohnungsmieten machen arm
- Land her oder ich schieße!
- Ein Denkanstoß

8 AUF ZUM AKTIONSTAG
Sei dabei! Von Hamburg nach Hannover am 15. März!



Schafft massive Aufrüstung und Stationierung zusätzlicher US-Raketen mehr Sicherheit oder das Gegenteil?

»Das Prinzip ›Viel hilft viel‹ ist kein erfolgversprechender sicherheits- und militärpolitischer Ansatz zur Bestimmung der notwendigen Militärausgaben. Es droht lediglich die weltweite Aufrüstungsspirale nur weiter nach oben zu drehen und anderen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen, wie Soziales, Bildung und ökologischer Transformationen, die Gelder zu entziehen.« Zu dieser Einschätzung kommen der Publizist zu friedens- und rüstungspolitischen Themen Christopher Steinmetz und der ehemalige UN-Berater für Militärfragen Prof. Dr. Herbert Wulf. In einer Studie für Greenpeace haben sie darüber hinaus das militärische Kräfteverhältnis zwischen Russland und der NATO untersucht. Ihre Schlussfolgerung: In allen Bereichen hat die NATO gegenüber Russland eine zwei- bis zehnfache Überlegenheit. Auch in der Qualität der Waffen ist die NATO deutlich überlegen. Lediglich bei der Anzahl der Atomsprengköpfe begegnen sich NATO und Russland auf Augenhöhe. Das vorhandene Rüstungspotential reicht schon jetzt, um die Erde mehrfach zu zerstören.[1]

> Das Prinzip ›Viel hilft viel‹ ist kein erfolgversprechender sicherheits- und militärpolitischer Ansatz [...]

Wolfgang Richter (Oberst a.D.) war leitender Militärberater in den deutschen UN- und OSZE-Vertretungen. Er kommt zu folgender Beurteilung: »Die ab 2026 geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland wird weder der Ukraine helfen noch die Sicherheit des Landes stärken, sondern die nukleare Rüstungskontrolle gefährden und strategische Risiken steigern.« Da verwundert es nicht, dass kein anderer NATO-Staat in Europa diese Waffen auf seinem Gebiet sehen will.

Zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft haben deshalb mit dem »Berliner Appell«[2] ihre Stimme erhoben und gegen die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen Stellung bezogen. Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs gehören auch das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans-Jürgen Urban, sowie die ehemaligen IG Metall Vorsitzenden Jürgen Peters und Klaus Zwickel.

Günter Hameister,
Heinrich Dannenberg

Wer soll das bezahlen?

Der in Regierungskreisen bestens vernetzte Ökonom Moritz Schularick und Chef des steuerfinanzierten Kieler Instituts für Weltwirtschaft hat in einem Interview mit dem SPIEGEL eine Idee geäußert: **»Um nennenswerte Summen zu erreichen, wird man auch an das Rentensystem herangehen müssen. [...]** Es war die ältere Generation, die es versäumt hat, in den vergangenen Jahrzehnten ausreichend in unsere Sicherheit zu investieren. Stattdessen hat sie die Friedensdividende konsumiert. Sie hat es zudem versäumt, das Rentensystem zukunftssicher zu machen. Deshalb wäre es schwierig, wenn die Älteren nun ihren Beitrag zur Stärkung der Verteidigung verweigern würden«.

1 https://www.greenpeace.de/publikationen/wann-ist-genug-genug
2 https://nie-wieder-krieg.org/

DIE ERINNERUNG VERBLASST, ES WIRD ZEIT DEN ALPTRAUM ZU BEENDEN

Vor 80 Jahren endete der zweite Weltkrieg, die Schrecken und die grausamen Folgen des Krieges sind nicht mehr gegenwärtig.

Die in breiten Teilen der Bevölkerung vertretene Losung »Nie wieder Krieg« weicht der Losung: »Wie bereiten wir uns auf einen möglichen Krieg vor?« Der dritte Weltkrieg wird in den Bereich des Möglichen gerückt. Wir sollen kriegsfähig werden, nicht verteidigungsfähig (Pistorius). Nicht das Morden, das Elend, die Vernichtung werden als Schreckensszenario angeprangert, der Krieg wird verharmlost.

Die brutalen Bilder der Kriegsgeschehen weltweit stumpfen ab, gehören mittlerweile zur Selbstverständlichkeit. Getötete und verhungerte Kinder werden bedauert, aber als nicht vermeidbare Folge eines »gerechten Verteidigungskrieges« gesehen. Der Krieg ist in unseren Alltag eingekehrt.

In jedem Krieg gibt es nur Verlierer. Lediglich die Rüstungsindustrie geht als Gewinner hervor. Das war im ersten Weltkrieg so, wie auch im zweiten Weltkrieg. Auch heute jubelt die Rüstungsindustrie.

Erik Merks

EIN INTERESSANTES BUCH »Das Wunder vom Kohlenschiffhafen«

schildert den Widerstand der Belegschaft gegen den drohenden Untergang ihrer Werft.

Hamburg, im März 1988: Die Werftenkrise hat auch die Hamburger Traditionswerft Pohl und Jozwiak erreicht. Die Werft muss trotz guter Auftragslage Konkurs anmelden. Die Belegschaft beschließt, für ihre Werft zu kämpfen. Ein bescheidener Übergangskredit könnte die Werft retten, aber die Hilfe der Hansestadt bleibt aus. Spektakuläre Aktionen, Betriebsversammlungen vor dem Rathaus, wochenlange Mahnwachen vor der Wirtschaftsbehörde wecken schließlich des Interesses der Medien. Die Öffentlichkeit interessiert sich plötzlich für des Schicksal der 125 Frauen und Männer, die um ihren Arbeitsplatz kämpfen.

Zeitzeugen, Betriebsratsmitglieder und Arbeiter:innen erinnern anschaulich an ihre Geschichte. Bisher unbekannte Fotos zeugen vom damaligen Werftalltag und vom Widerstand und machen das Buch zu einer spannenden Lektüre.

Christian Zillich,
Geschichtswerkstatt Hamburg Eimsbüttel



Das 255-seitige Buch kann in Buchhandlungen wie z.B. der Büchergilde im Besenbinderhof **für 25 Euro erworben werden**

ISBN 10:3-00-077018-6

EINE GUTE NACHRICHT FÜR RENTNER:INNEN

Im Januar gab es eine Rentenanpassung von 4,6 Prozent bei 14 Monatszahlungen im Jahr – allerdings nicht bei uns, sondern in Österreich. 21,2 Millionen Rentner:innen in Deutschland können davon nicht einmal träumen.



Zwar wird es auch bei uns in diesem Jahr eine Rentenerhöhung von 3,5 Prozent in Aussicht gestellt und der Grundfreibetrag steigt von 11.784 auf 12.084 Euro, aber aufgrund der nachgelagerten Besteuerung kassiert der Fiskus zusätzlich 4,1 Mrd. Euro Steuern von deutschen Rentner:innen. Wenn unser Rentensystem so beibehalten wird, droht 16 Millionen Rentner:innen die Altersarmut.

Um auf eine Rente von 1.200 Euro monatlich zu kommen, wäre ein Stundenlohn von 17,27 Euro bei 45 Jahren Vollzeitarbeit nötig. Etwa 16 Millionen Menschen verdienen weniger als 17 Euro die Stunde. Bei 40,8 Millionen Beschäftigten hierzulande gleiten somit 39 Prozent aller Beschäftigten in die Altersarmut.

Es wäre ein Stundenlohn von 19,36 Euro notwendig um 1.314 Euro Rente im Monat zu beziehen. Dieser Betrag gilt als Armutsgefährdungsschwelle für Alleinlebende. (Quelle: Aussage des Bundesarbeitsministeriums im Bundestag im Dezember 2024)

In Österreich fällt niemand der 40 Jahre versicherungspflichtig gearbeitet hat unter 1.600 Euro Rente bei 14 Monatsrenten im Jahr. Während bei uns die Durchschnittsrente für Männer 1.203 Euro und für Frauen 873 Euro beträgt, erhalten die Österreicher im Durchschnitt 2.063 und die Österreicherinnen 1.416 Euro. Hinzu kommen zwei zusätzlichen Rentenzahlung als Urlaubs- und Weihnachtsgeld (Zahlen von 2022).

Wie schaffen das die Österreicher:innen?

Vor 20 Jahren wurde in Österreich die große Rentenreform wirksam. Ziel war es, dass Rentner:innen nach 45 Beitragsjahren 80 Prozent ihres durchschnittlichen Lebenseinkommens erhalten. Der Rentenversicherungsbeitrag liegt bei 22,8 Prozent, wovon die Arbeitgeber 55 Prozent übernehmen. In Deutschland sind es 18,6 Prozent – jeweils 50 Prozent für Arbeitgeber und Arbeitnehmende.

In Österreich zahlen alle Erwerbstätigen in die Rentenkasse, auch Selbständige, Politiker:innen und zunehmend Beamt:innen ein. Momentan beginnt das Rentnerdasein in der Alpenrepublik für Männer mit dem 65. Lebensjahr, für Frauen mit 60, wird aber schrittweise auf 65 angehoben.

Offensichtlich haben Rentner:innen in Österreich einen höheren gesellschaftlichen Wert oder die jüngere Generation hat dort erkannt, dass auch sie einmal in Rente gehen wird. Das hat man bei uns offensichtlich noch nicht wahrnehmen wollen oder verdrängt.,

Warum sind wir deutschen Rentner:innen so brav?

Außer, dass wir konsumieren, sind wir wirtschaftlich unbedeutend. Rentner:innen haben kein Druckmittel:

- Streiken ist nicht möglich
- Ehrenämter verweigern? *Nicht sinnvoll!*
- Nicht mehr für die Enkel da sein? *Nicht sinnvoll!*

Um eine wirksame Rentenreform durchzusetzen, müssen wir Rentner:innen kreativer, mutiger, aktiver werden und wir brauchen die Solidarität der jungen Generation! Lasst uns ins Gespräch kommen!

Erik Merks



Nachgelagerte Besteuerung

Das Prinzip der nachgelagerten Besteuerung besagt, dass die Beiträge zur Rentenversicherung steuerlich absetzbar sind, die Auszahlung der Rente jedoch steuerpflichtig ist. Das Prinzip wurde 2005 eingeführt. Vorher war der Arbeitnehmeranteil der Rentenversicherung steuerlich nicht absetzbar, die Auszahlung der Rente hingegen steuerfrei. 2005 waren für Neurentner:innen 50 Prozent der Rente steuerfrei. Mit jedem Jahr mindert sich dieser steuerfreie Anteil so, dass Neurentner:innen ab 2058 ihre Rente zu 100 Prozent versteuern müssen.

Ein beachtlicher Erfolg

Es ist ein beachtlicher Erfolg der IG Metall, dass die Ausbildungsvergütungen in der Metall- und Elektroindustrie im Januar um 140 Euro erhöht wurden. Damit erhält ein in Ausbildung befindlicher Mensch im 4. Lehrjahr 1.434 Euro. Die Auszubildenden stehen somit früher auf eigenen Beinen, die Eltern werden entlastet und es ist ein wichtiger Beitrag gegen den Fachkräftemangel. Wenn man dieser positiven Entwicklung gegenüberstellt, dass die Durchschnittsrente für Männer 1.203 Euro beträgt, die für Frauen mit 873 Euro ausgewiesen wird, dann wird deutlich, dass unser Rentensystem dringend reformbedürftig ist.

Mit der Ampel scheiterte auch das Rentenpaket II

Im alten Bundestag fand sich keine Mehrheit mehr. Mit dem Rentenpaket II sollte das Rentenniveau bis 2039 auf 48 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens vor Steuern festgeschrieben werden. Nach geltender Gesetzeslage würde das Rentenniveau ab 2026 stetig sinken, auf 43 Prozent bis 2058. Betrug das Rentenniveau 1977 noch 59,8 Prozent, haben zahlreiche gesetzliche Eingriffe das Rentenniveau der Deutschen Rentenversicherung (DRV) ausgehöhlt. Damit dümpelt das reiche Deutschland im Vergleich auf Platz 23 von 28 europäischen Staaten, so das Ergebnis einer OECD-Studie aus dem Jahre 2023.

Betrug an der Rentenkasse

Es gibt in Deutschland zahlreiche Sozialleistungen, die alle ihre Berechtigung haben. Dazu gehören auch Rentenleistungen, wie etwa die Mütterrente oder die Erwerbsunfähigkeitsrente. Diese Leistungen werden quasi von der Rentenversicherung verauslagt und sollen durch den Bundeszuschuss wieder ausgeglichen werden. Es handelt sich also um Leistungen, die von der gesamten Gesellschaft getragen werden müssen. Tatsächlich gleicht der Bundeszuschuss die verauslagten Gelder jedoch nicht vollständig aus. So betrug der Bundeszuschuss 2020 75,3 Milliarden Euro bei verauslagten 112,4 Milliarden Euro. Das entspricht einer Lücke von 37,1 Milliarden Euro. Seit der Einführung des bestehenden Rentensystems im Jahre 1957 hat sich dieser Fehlbetrag auf rund eine Billion Euro summiert.

WAS SCHERT UNS DIE ARMUT, SCHLIESSLICH SIND WIR *die glücklichsten Menschen*

»In Hamburg leben die glücklichsten Menschen Deutschlands«, heißt es im Regierungsprogramm der Hamburger SPD. »Hamburg ist eine Stadt voller Chancen und Lösungen«, heißt es bei den Hamburger Grünen. Na dann ist ja alles in Butter, oder? Sind alle von Glückseligkeit besudelt?

Die Grünen nehmen zumindest zur Kenntnis: »Die Armutsgefährdungsquote ist in Hamburg auf 20,4 Prozent im Jahr 2022 überdurchschnittlich angestiegen. Noch immer haben Kinder das größte Armutsrisiko, auch in Hamburg. Jedes 4. Kind und jede*r 5. Rentner:in ist von Armut bedroht.« Bei konkreten Maßnahmen wird jedoch auf den Bund verwiesen.

Im Regierungsprogramm der SPD findet Armut nicht statt. Nach neuesten Studien des Paritätischen Gesamtverbandes sind in Hamburg 26,8 Prozent der Einwohner von Armut bedroht, wenn die Wohnkosten Berücksichtigung finden. Menschen ab 65 Jahren haben eine Armutsquote von 27,1 Prozent, alleinlebende Rentner:innen sogar von 41,7 Prozent.

Und was schreibt sich die Opposition auf die Fahne? Die CDU verspricht eine »verlässliche soziale Absicherung aller Menschen«. Armut ist jedoch kein Thema.



Lediglich die Linke hat konkrete Forderungen zur Armutsbekämpfung, etwa die »behördenübergreifende Anti-Armutsstrategie. Alle politischen Entscheidungen müssen daraufhin geprüft werden, wie sie sich auf die Armutsentwicklung auswirken.«

Auf den zahlreichen Wahlveranstaltungen zur Bürgerschaftswahl haben besonders die Regierungsparteien, SPD und Grüne, auf einzelne soziale Vorhaben verwiesen, die geeignet sind, der Armutsentwicklung entgegenzuwirken. Dazu zählen geförderter Wohnraum, beitragsfreie Kitas oder ein geplantes Landespflegegeld. Hamburg hat bundesweit pro Kopf die höchsten Steuereinnahmen, aber auch eine der höchsten Armutsraten. Um die wachsende Armut in der Stadt zu bekämpfen, braucht es jedoch ein Gesamtkonzept mit konkreten Maßnahmen. Das ist leider nicht zu erkennen. Dabei droht wachsende Armut und Ungleichheit den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig zu beschädigen. Das ist Gift für die Demokratie und gibt einer Rechtsentwicklung zusätzliche Nahrung.

MELDUNGEN

Wohnungsmieten machen arm

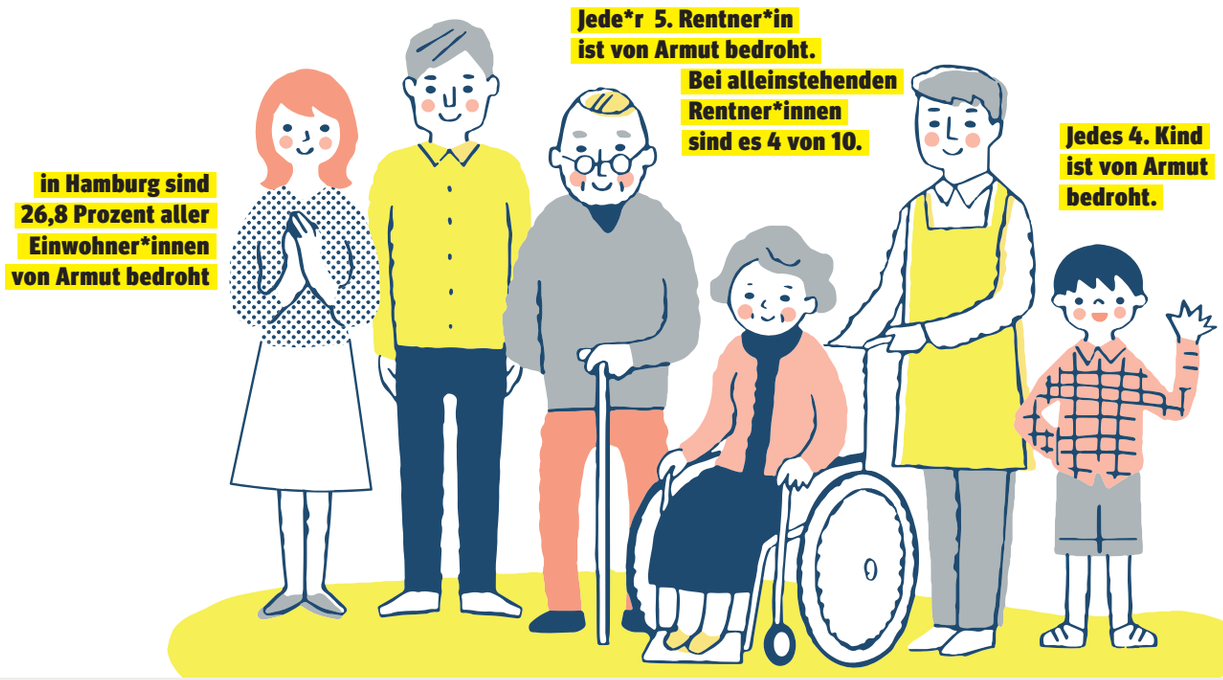
Die Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbandes hat im Dezember 2024 eine bahnbrechende Berechnung zur Wohnarmut in Deutschland veröffentlicht. Die Ergebnisse zeigen ein alarmierendes Bild: Deutlich mehr Menschen als bisher angenommen leben in Armut, wenn die Wohnkosten berücksichtigt werden. Die steigenden Mieten belasten vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen überproportional. Viele Haushalte geben inzwischen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Wohnkosten aus – manche sogar mehr als die Hälfte. Von Wohnarmut betroffen sind insgesamt 21,2 Prozent der Bevölkerung (17,5 Millionen Menschen). Das sind 5,4 Millionen mehr Armutsbetroffene als nach konventioneller Berechnung. Besonders hohe Wohnarmut gibt es in Bremen (29,3 Prozent), Sachsen-Anhalt (28,6 Prozent) und Hamburg (26,8 Prozent). ■

Nun haben wir als Senioren-Echo besonders die 430.000 über 60-jährigen Hamburger:innen im Blick. Wir haben einen Vorschlag des guten Willens. Wie wäre es mit einem verbilligten Deutschland Ticket für alle Senior:innen für 29 Euro? Was das arme Mecklenburg-Vorpommern kann, darf für das reiche Hamburg doch keine unüberwindliche Hürde sein. Schließlich heißt es im SPD-Regierungsprogramm: »Mit uns bleibt Hamburg bezahlbar«. Auch von »der schrittweisen Einführung eines vergünstigten Deutschlandtickets für Senior:innen« ist die Rede. Sogar die CDU spricht von »vergünstigten Tickets für Senioren«. Die Linke hat das 29-Euro-Ticket ohnehin im Wahlprogramm. Warum also so zögerlich, die Hamburger Schüler:innen bekommen es auch und sogar unentgeltlich.

Hinter den Kulissen wird gemunkelt, nur wohngeldempfangende Senior:innen sollen in den Genuss kommen. Natürlich nur auf Antrag, wir wollen schließlich Bürokratie abbauen. Es soll auch nur für das Hamburger Stadtgebiet gelten. Klar, wenn die Großeltern ihre Enkelkinder im Hamburger Umland besuchen wollen, haben sie eben Pech gehabt. Dass die Kinder ins Umland gezogen sind, weil sie die Hamburger Mieten nicht mehr stemmen konnten, Schicksal. Also muss entschieden werden: Fahrkarte oder Geschenk für die Enkel, ist halt so.

Es ist an der Zeit, den älteren Menschen mit konkretem Handeln Respekt zu erweisen. Ein 29-Euro-Ticket wäre ein erster Schritt.

Günter Hameister



Land her oder ich schieße!

Donald Trump will Grönland und Kanada annektieren. Der Panama-Kanal soll wieder unter amerikanische Kontrolle. Bei der Realisierung seiner Ziele ist er auch zur Anwendung von militärischer Gewalt bereit. Unterstützt wird er dabei von den Tech-Oligarchen Musk und Co. Da können wir froh sein, dass Putin sich nur die Ukraine einverleiben will. ■

Ein Denkanstoß

»Wenn ein Affe mehr Bananen hortet, als er selbst essen kann, während die meisten anderen Affen verhungern, würden Wissenschaftler speziell diesen hortenden Affen untersuchen, um herauszufinden, was zum Teufel mit ihm los ist. Aber wenn Menschen das Gleiche tun, bringen wir sie auf die Titelseite des Forbes-Magazins.«

AUF ZUM AKTIONSTAG



Das geht uns alle an!
Der Industriestandort Deutschland ist in Gefahr.

VON **HAMBURG** NACH **HANNOVER** AM **15. MÄRZ VON 5 VOR 12 BIS 14 UHR**

Meldungen über den Verlust von Arbeitsplätzen reißen nicht ab. Nicht nur die Automobilindustrie und ihre Zulieferer sind betroffen, sondern ebenso die Stahl- oder Chemieindustrie und weitere Industriebereiche. Die Transformation zu klimaschonender Produktion und die hohen Energiepreise sind eine große Herausforderung. Sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze dürfen dabei nicht unter die Räder kommen. »Gute Arbeit« ist die Voraussetzung für einen funktionsfähigen Sozialstaat und letztlich auch für sichere Renten.

Den gesamten Petitonstext findest du auf **IGMETALL.DE/PETITION**

Deshalb: Gemeinsam sind wir stark! Das wollen wir in Hannover zeigen.

Melde dich jetzt an, um mit uns gemeinsam unseren Forderungen Gehör zu verschaffen!

Anmeldung über nebenstehenden **QR-Code** oder über Telefon bei **Annabel Reich (+49 40 284086-248).**

QR-CODE ZUR ANMELDUNG.

Veranstaltungshinweis

Fast jeder hat schon einmal bei Amazon, Otto oder anderen Versandhändlern bestellt. Aber wie funktioniert das System und unter welchen Bedingungen arbeiten viele tausend Menschen, bis das Paket an der Haustür abgeliefert wird?

Im Rahmen der **Sonderausstellung »Dein Paket ist da«** findet im Museum der Arbeit eine Diskussionsveranstaltung statt zu den Arbeitsbedingungen und Lieferketten im Versandhandel. Unter dem Titel »Ausgeliefert« findet eine Diskussionsrunde statt mit:

Hedi Tounsi, Betriebsratsmitglied bei Amanzon | **Piotr Mazure,** DGB Beratungswerk Faire Mobilität | **Till Meerpohl,** Autor »auf der Letzten Meile abgehängt« | Moderation: **Justin Dijakow,** Gewerkschaftssekretär IG Metall Region Hamburg

Sie soll einen Blick hinter die Kulissen geben und zuranschließenden Diskussion einladen.

Wann? **31. März 2025, 19 Uhr**

Wo? Museum der Arbeit, Raum NF2

Es lohnt sich! Der Eintritt ist frei.

Eure Meinung ist uns wichtig!

Wir freuen uns auf eure:

- Anregungen
- Vorschläge
- Kritik

Sendet diese bitte an:

E-Mail: igm.senioren-echo@gmx.de

Brief: IG Metall Region Hamburg
z.H. Kristin Schultz
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

Termine:

Arbeitskreise Senioren:

Bergedorf:	4. März, 1. April, 6. Mai, 3. Juni
Hamburg:	30. April, 25. Juni
Stade:	12. März, 9. April, 14. Mai, 11. Juni

Wohnbereiche:

Altona:	23. April, 25. Juni
Bargteheide-Ahrensburg:	23. März, 28. April, 26. Mai, 30. Juni
Stade:	aktuell keine Termine geplant

Weitere Infos zu den Sitzungen (Ort, Uhrzeit, etc.) **erhaltet ihr über die Geschäftsstelle:**

annabel.sophie.reich@igmetall.de

Impressum: IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt, vertreten durch den Vorstand, 1. Vorsitzende: Christiane Benner
V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV: Ina Morgenroth, IG Metall Region Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg
Redaktion: Günter Hameister, Heinrich Dannenberg, Gunter Drewes, Bernd Hahmeyer, Erik Merks, Heinz-Dieter Wenck
Anschrift der Redaktion: SENIOREN-ECHO c/o IG Metall Region Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, Telefon 040 284086-234
Kontakte: igm.senioren-echo@gmx.de Gestaltung: drucktechnik-altona.de/Peter Bisping/Jana Knaak. Druck: Dierichs Druck + Media GmbH & Co. KG, Kassel